

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Bärthlein und Andreas Mayer

Umstrittener Nuklear-Deal zwischen USA und Indien

Während des Indien-Besuchs von Präsident Bush Anfang März erreichten die Regierungen Indiens und der Vereinigten Staaten eine Übereinkunft, wie das im Juli vereinbarte Abkommen über zivile nukleare Kooperation umgesetzt werden kann. Indiens Ministerpräsident Manmohan Singh wertete die Vereinbarung als „historisch“. Nach Absicht beider Regierungen wollen die USA Indien bei der Nutzung der Kernenergie durch Lieferung von Technologie und Brennstoffmaterial unterstützen; Indien hatte sich im Gegenzug verpflichtet, einen Großteil seiner Atom-Anlagen als „zivil“ einzustufen und dort Inspektionen der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEA zuzulassen. Nach hektischen Verhandlungen bis in die letzte Minute gelang nun Anfang März überraschend eine Einigung darüber, welche Anlagen unter

das Inspektions-Regime fallen werden. Es handelt sich insgesamt um 14 Reaktoren, wobei die „Schnellen Brüder“ ausgenommen sind. In Indien wurde die Einigung weitgehend positiv aufgenommen, da sie als diplomatische Aufwertung gesehen wird. Kritiker bemängelten einerseits, dass die weitere Entwicklung von Nuklearwaffen erschwert werde und dass sich Indien generell zu abhängig von den Vereinigten Staaten mache. Der Widerstand in den USA ist deutlich größer. Der Kongress muss die nukleare Zusammenarbeit erst noch genehmigen. Am 5. April bemühte sich Außenministerin Condoleezza Rice in längeren Auftritten vor den auswärtigen Ausschüssen beider Kammern, die Parlamentarier von den Vorteilen einer engeren Zusammenarbeit mit Indien zu überzeugen. Skeptiker machen vor allem grundsätzliche Bedenken geltend:

Man könne nicht einerseits im Iran und in Nordkorea die nukleare Proliferation entschieden bekämpfen, während Indien im Nachhinein für seine Entwicklung von Atomwaffen belohnt werde. Auch Bundesaußenminister Steinmeier hat sich aus diesen Gründen mehrfach gegen den amerikanisch-indischen Deal ausgesprochen. Dessen Umsetzung ist übrigens selbst bei einer Zustimmung durch die US-Parlamentarier noch nicht gesichert, denn Washington müsste noch das Einverständnis der 45 Staaten in der so genannten „Nuclear Suppliers Group“ einholen, von denen sich einige bereits kritisch geäußert haben. Andere wie Frankreich, Russland und Australien haben sich allerdings durchaus interessiert gezeigt, mit Indien Atomgeschäfte zu machen.

Sonia Gandhi legt Parlamentsmandat nieder

Die Vorsitzende der *Congress*-Partei, Sonia Gandhi, hat am 23. März ihr Unterhaus-Mandat aufgegeben. Sie war wegen unerlaubter Nebenbeschäftigung („office of profit“) in die Kritik geraten. Die indische Verfassung sieht vor, dass Parlamentarier auf Bundes- wie Landesebene keine zusätzlichen Ämter ausüben dürfen. Die Auslegung dieser Vorschrift ist allerdings umstritten, und Medienberichten zufolge halten sich rund 40 Abgeordnete streng genommen nicht an die Regeln. Sonia Gandhi war als Koordinatorin der Regierungskoalition tätig gewesen - eine Funktion, die von der Opposition als „office of profit“ gewertet wurde. Die *Congress*-Partei versuchte zunächst, am Parlament vorbei auf dem

Verordnungswege Ausnahmeregelungen in Kraft zu setzen, die Sonia Gandhis Verhalten legalisiert hätten. Als sie jedoch merkte, dass diese Vorgehensweise sie noch stärker in die Kritik brachte, legte die *Congress*-Präsidentin sowohl ihr Koalitions-Amt als auch ihr Abgeordnetenmandat nieder und kündigte gleichzeitig an, bei der nun folgenden Nachwahl wieder für ihren Unterhaus-Sitz zu kandidieren. Mit diesem „zweiten Rücktritt“ nach ihrem Verzicht auf das Amt der Premierministerin nach der letzten Parlamentswahl gelang es Sonia Gandhi erneut, ihre Kritiker zum Verstummen zu bringen und eine Sympathiewelle für sich zu mobilisieren.

Indien Partnerland auf der Hannover-Messe

Partnerland der diesjährigen Hannover-Messe war Indien. Vom 24. bis 28. April präsentierte sich das Land als aufstrebende Wirtschaftsmacht. Gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnete der indische Premierminister Manmohan Singh die berühmteste deutsche Industriemesse. Singh war zum ersten Mal in der Bundesrepublik als Premierminister zu Gast. Für die deutsche Industrie ist Indien ein zunehmend wichtiger Markt.

... Im Überblick

Fraport steigt beim Flughafen Delhi ein

Die Fraport AG, Betreiberin des Frankfurter Flughafens, wird den Zuschlag zur Modernisierung des indischen Flughafens in Delhi gemeinsam mit der indischen Investorengruppe GVL und dem Energieversorger GMR erhalten. Der Fraport-Anteil am Hauptstadt-Flughafen wird künftig bei rund zehn Prozent liegen. Für den Flughafen in Bombay ging der Zuschlag an eine Gruppe um den südafrikanischen Flughafenbetreiber *Airports Company of South Africa*. Die Privatisierung der beiden wichtigsten internationalen indischen Flughäfen, auf die zusammen rund 65 Prozent des gesamten internationalen Personenverkehrs in Indien fallen, soll die Modernisierung der Flughäfen vorantreiben und somit die seit langem kritisierte Ineffizienz und den mangelnden Komfort überwinden. In Indien ist die Privatisierung allerdings umstritten.

Terroranschläge in Benares

Am 7. März haben gleichzeitige Anschläge auf den *Sankat Mochan*-Tempel und den Bahnhof in Benares insgesamt 15 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt. Die Polizei tötete und verhaftete in der Folge mehrere mutmaßliche islamistische Terroristen. Für den Anschlag hätten sie den indischen Sicherheitsbehörden zufolge die Unterstützung einer militanten Gruppe aus Bangladesch, der *Harkatul Jibadi Islami*, gehabt.

Medha Patkar im Hungerstreik

Medha Patkar, die Anführerin der Bewegung zur Rettung des Narmada-Flusses (NBA), hat ihren 20 Tage andauernden Hungerstreik am 18.04.2006 beendet. Ihr Protest richtete sich gegen die geplante Aufstockung des Sardar-Sarovar-Staudammes in Zentralindien von 110 auf 121 Meter, der laut der NBA die Lebensgrundlagen von weiteren 35.000 Menschen gefährdet. Solange die Umsiedlung der betroffenen Menschen nicht zufrieden stellend geregelt sei, wolle sie fasten, erklärte Patkar. Als sich ihr Gesundheitszustand dramatisch verschlechterte, wurde Patkar in der ersten Aprilwoche festgenommen und in ein Krankenhaus eingeliefert. Dort setzte sie ihren Hungerstreik unter Polizeiaufsicht fort. Die Regierung entsandte gleichzeitig mehrere Minister in die Umsiedlungs-

gebiete, um die Lage der 35.000 Menschen zu begutachten, die für den Sardar-Sarovar-Staudamm umziehen mussten. Das Oberste Gericht Indiens drohte nun mit dem sofortigen Stopp der Erhöhung des Damms, falls die Landesregierungen der vier beteiligten Bundesstaaten den betroffenen Bauern nicht bald angemessenes Ersatzland zur Verfügung stellen. Daraufhin beendete Patkar ihren Hungerstreik. Narendra Modi, der Regierungschef von Gujarat, der sich seit 15.04.2006 in Ahmedabad in einem für 51 Stunden angedachten Gegen-Hungerstreik befand, konnte diesen nach 30 Stunden beenden. Den Staudammgegnern stehen in Indien jene gegenüber, die sich von dem Mammutprojekt einen Ausweg aus der Wasserarmut Gujarats versprechen.

Rupie soll frei konvertierbar werden

Die indische Regierung plant, die Rupie auf dem Weltmarkt frei konvertierbar zu machen. Die Regierung hat ein Experten-Komitee damit beauftragt, bis Mitte des Jahres einen Plan dazu vorzulegen. Zwar sind die strengen Devisenkontrollen vergangener Jahrzehnte längst Geschichte; zurzeit ist es möglich, Rupien z.B. für Import- und Exportzwecke in Dollar oder Euro zu tauschen; die indische Währung kann aber nicht beliebig

in Devisen umgetauscht werden. Die neuen Pläne der Regierung sollen ausländische Investoren verstärkt ins Land locken. Sie sind ein weiteres Zeichen des gestiegenen Selbstbewusstseins, mit dem Indien auf dem Weltmarkt auftritt. Nur wenige Kritiker verwiesen darauf, dass Indien mit dem Wegfall der Devisen-Kontrollen im Falle einer größeren Währungskrise anfällig für Kapitalflucht werde.